

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### EG-Entscheid vertagt

Brüssel – Die EG-Aussenminister haben ihre Verhandlungen über den Beitritt Spaniens und Portugals auf Mittwoch vertagt. Grund waren Einwände Frankreichs und Griechenlands, die klarere Regeln für die Weinproduktion und ein Mittelmeerprogramm forderten.

### Pressekonferenz Reagans

Washington – Präsident Reagan hat auf einer Pressekonferenz ein Gespräch mit dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow angeregt und das Ende des Zweiten Weltkriegs als Beginn der deutsch-amerikanischen Freundschaft gewürdigt.

### Vizekonsul entführt

Beirut – Der französische Vizekonsul Fontaine wurde in Beirut verschleppt. Zwei Botschaftsmitarbeiter werden vermisst.

### Razzien in Südlibanon

Ankun – Israelische Truppen gingen gegen ein weiteres Schiitendorf in Südlibanon vor und töteten einen Mann. Bei ähnlichen Aktionen wurden am Donnerstag 30 Libanesen getötet und 68 verwundet.

### Kriegsverbrecher wieder frei

Den Haag – Der niederländische Nazi-Kriegsverbrecher Menten wurde nach fünf Jahren vorzeitig aus der Haft entlassen. Die UdSSR verurteilte dies.

### Truppenabzug Israels

Jerusalem – Israel wird nach Pressemeldungen bis Mai seine Truppen aus Libanon abgezogen haben.

## Schweizer Schwerverkehrsabgabe:

### Retourkutsche aus der BRD ist perfekt!

Bonn (AP) Die Schweizer Lastwagenunternehmer müssen künftig in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) eine Strassenbenutzungs-Gebühr zahlen. Der Deutsche Bundesrat stimmte am Freitag in Bonn einer Verordnung der Bundesregierung zu, nach der für den grenzüberschreitenden Schwerverkehr eine Teilkraftfahrzeugsteuer erhoben wird. Betroffen sind alle Fahrzeuge aus der Schweiz mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen. Die Verordnung ist eine Reaktion auf die Einführung einer Schweizerischen Schwerverkehrsabgabe für deutsche Fahrzeuge am 1. Januar 1985. Das Ausmass der Besteuerung des Schweizerischen Schwerverkehrs in der Bundesrepublik soll genau der Belastung deutscher Nutzfahrzeuge während ihres vorübergehenden Aufenthalts in der Schweiz entsprechen. (Vgl. Seite «Zeitgeschehen»)

## Eine umfassende Parlamentsreform anstreben

Die Liechtensteinische Akademische Gesellschaft (LAG) befasste sich mit unserem Parlamentarismus

Von der wenig bestrittenen Notwendigkeit, eine durchgreifende Parlamentsreform durchzuführen, ist mit den zwei zur Volksabstimmung anstehenden Initiativen nur die Erhöhung der Mandatszahl und die Neuregelung der Stellvertreter-Frage übriggeblieben. Zu diesem Ergebnis gelangte eine Diskussionsrunde der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (LAG) am Donnerstagabend, die im weiteren eine umfassende Parlamentsreform forderte. Die Stellung des Parlaments als gesetzgebende Gewalt im Staat sollte, vor allem gegenüber der Verwaltung, wieder gestärkt werden.

In seinem Überblick über Verfassung und Parlament stellte der frühere Regierungschef und Landtagspräsident Dr. Gerard Batliner eine Reihe von offenen Fragen fest, deren Lösung an die Hand genommen werden sollte. Als ausgewiesener Kenner der Materie (siehe sein Buch «Zur heutigen Lage des liechtensteinischen Parlaments» – Politische Schriften Band 9) wies er beispielsweise auf das sehr allgemein umschriebene Notverordnungsrecht des Fürsten hin, auf Lücken in der Umschreibung der Ministeranklage und auf die ungeklärte Frage der Entlassung der Regierung. Verschiedene Elemente in der heutigen Verfassung sind nach seiner Ansicht Störfaktoren für die Struktur der Verfassung, von irgendwo übernommen. Zu wenig präzise gefasst sind, wie Dr. Gerard Batliner erläuterte, die Bestimmungen über die Verwaltungsbeschwerde-Instanz und den Staatsgerichtshof, aber auch Artikel 70 der Verfassung: «Der Landtag hat in Über-

einstimmung mit dem Landesfürsten über die Aktiven der Landeskasse zu verfügen.»

Eine durchgreifende Parlamentsreform müsste nach seiner Auffassung auch die Frage der Kontinuität und der Diskontinuität regeln, also die Frage, ob Geschäfte des Landtages über die Legislaturperiode hinaus weitergeführt werden können oder nicht. Bereits in den Politischen Schriften hatte er darauf hingewiesen, dass sich eine sachliche Kontinuität durchaus vertreten lasse, wobei aber auch eine umfassende Diskontinuität nicht ausschliesse, dass das neugewählte Parlament einen Gegenstand wieder aufgreife. Als gänzlich unbefriedigend aber bezeichnete er die Praxis, «wenn in der letzten Landtagssitzung vor den Wahlen ohne höhere Dringlichkeit von Abgeordneten, deren Mandatsdauer abläuft, gewissermassen zum Abschied Motionen und Postulate eingebracht werden mit Geschäften, die in der Praxis wohl kaum mehr die alte, sondern die erst neu zu bestellende Regierung und den noch nicht einmal gewählten künftigen Landtag belasten.»

In den engeren Bereich einer Parlamentsreform würde nach übereinstimmender Ansicht der Diskussionsrunde das Abberufungsrecht von Abgeordneten und Ersatzabgeordneten fallen, das den Parteien eine zu starke Stellung einräumt, im weiteren das System der Ersatzabgeordneten, das nach der heutigen Praxis im Widerspruch zum Geist der Verfassung stehe, und schliesslich die Stellung des Landesauschusses. Als eigenartig

wurde bezeichnet, dass ausgerechnet die Geschäftsprüfungskommission, die nach ihrem Verfassungsauftrag die gesamte Verwaltung zu überprüfen habe, nur drei Landtagsabgeordnete umfasse, während die übrigen Kommissionen im Normalfall mit fünf Abgeordneten bestückt seien.

Die Stellung der Ersatzabgeordneten, die nach der Änderung der Geschäftsordnung 1971 wie gewählte Abgeordnete im Plenum, in den Kommissionen oder in ausländischen Gremien wie Europarat Einsitz nehmen können, muss nach Auffassung der Diskussionsrunde zumindest auf die ursprüngliche Position zurückgeführt werden: Zur Stimmensicherung im Landtag, jedoch ohne weitere Befugnisse wie ein gewählter Abgeordneter. Das Volk muss wieder bestimmen können, wer im Landtag und in den Kommissionen vertreten ist, war die übereinstimmende Ansicht.

Die zur Abstimmung anstehenden Initiativen wurden als Kompromisse bezeichnet, was die Höhe der Mandatszahl angeht. Eigentlich würde das Parlament, um seine Aufgaben richtig lösen zu können und um die Gesamtheit des Volkes wirklich repräsentieren zu können, eine noch weitere Aufstockung notwendig haben. Die VU-Lösung der Stellvertreter-Frage bezeichneten die Diskussionsteilnehmer als einen Schritt in die falsche Richtung. Die FBP-Lösung führe wenigstens die Stellung der Ersatzabgeordneten wieder auf den Stand wie vor 1971 zurück – richtig wäre hingegen, so die allgemeine Meinung, überhaupt auf Ersatzabgeordnete zu verzichten. (G.M.)

## Handelsverträge auch auf Liechtenstein anwendbar

Gestern mittag ging die Jahreskonferenz der schweizerischen Volkswirtschaftsdirektoren zu Ende

Mit einem Essen, gegeben von der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, ging gestern mittag die zweitägige Konferenz der schweizerischen Volkswirtschaftsdirektoren zu Ende. Vorgängig hatten die kantonalen Regierungsräte die Staatlichen Kunstsammlungen sowie die Firma Ivoclar/Vivadent in Schaan besichtigt. Am Donnerstag hatte im Rathausaal in Vaduz die Plenartagung stattgefunden, die der Exportförderungs- und der wirtschaftlichen Auswirkungen der Umweltschutzgesetzgebung gewidmet war.

Der Vizepräsident der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, Peter Frick, betonte in seiner Ansprache am Freitag mittag, die Abhaltung der Volkswirtschaftsdirektoren-Konferenz in unserem Land sei ein Zeichen freundschaftlicher Beziehungen. Er erinnerte im weiteren daran, dass zwischen der Schweiz und Liechtenstein eine vielschichtige Interessengemeinschaft bestehe, die über die vertraglichen Vereinbarungen zwischen den beiden Staaten gefestigt worden sei.

Die partnerschaftlichen Beziehungen äusserten sich, wie Peter Frick weiter ausführte, durch die Mitarbeit in der schweizerischen Zentrale für Handelsförderung. Ausserdem sei die Industrie- und Handelskammer seit Jahren ein Mitglied des Schweizerischen Vororts. Die schweizerischen Handelsverträge mit anderen Staaten würden jeweils auch für Liechtenstein als anwendbar erklärt. Schliesslich sei die liechtensteinische Industrie ermächtigt, ihre Erzeugnisse mit dem schweizerischen Ursprung zu bescheinigen, was in vielen Staaten in Übersee wichtige Vorteile mit sich bringe.

### Gemäldegalerie und Ivoclar

Das Rahmenprogramm der zweitägigen Konferenz sah eine Besichtigung der Firma Ivoclar/Vivadent, durch die Dr. Karlheinz Obermüller führte, sowie der Gemäldegalerie vor. Dort brachte Dr. Georg Malin den Gästen aus der Schweiz die Kunst Rubens näher. Ausserdem waren die Volkswirtschaftsdirektoren mit ihren Gattinnen auf Schloss Vaduz von S.D. Erbprinz Hans Adam empfangen worden.

Nachdem Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt, der die Volkswirtschaftsdirektoren bei ihrer Konferenz betreute, in der Plenarsitzung über die wirtschaftlichen und geschichtlichen Aspekte unseres Landes referiert hatte, sprach Regierungschef Hans Brunhart am Donnerstagabend anlässlich eines von der Regierung gegebenen Essens. Brunhart betonte die guten Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein und wies darauf hin, wie stark die Verflechtung zwischen den beiden Volkswirtschaften bereits gediehen sei. Er gab sich überzeugt, dass auch in Zukunft die Lösung der Probleme auf der bisherigen partnerschaftlichen Ebene möglich sei. Sowohl der bisherige Präsident der Volkswirtschaftsdirektoren-Konferenz, Rudolf Bachmann (Sollothurn), als auch der im Rathausaal Vaduz neugewählte Präsident, Alain Borner (Genf), bedankten sich für die gewährte Gastfreundschaft und betonten, dass die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Liechtenstein auch in Zukunft im bisherigen Rahmen weitergeführt werde.

## KOMMENTAR

Rundschreiben in der Öffentlichkeit erregen bei uns immer wieder mehr oder weniger grosses Aufsehen. Wer ein Rundschreiben verfasst und das Interesse steigern möchte, der schiebt es am besten nicht in alle Haushaltungen, sondern nur an bestimmte Personen, vornehmlich an solche, die sich damit entweder geehrt fühlen oder von denen man annehmen kann, dass sie als Multiplikator wirken.

Nach diesem Rezept ist nun der Verfasser eines Pamphletes verfahren, das seit einigen Tagen in unserem Land kursiert. Offensichtlich hat nicht nur diese Taktik, sondern auch der Umstand, dass sich der Verfasser nicht mit dem Namen zu erken-

### Für den Papierkorb

nen gibt, zur Steigerung der Nachfrage nach diesen dreieinhalb Seiten eines offenbar frustrierten Zeigenossen beigetragen.

Wer sich glücklich schätzen kann, dieses Pamphlet ungefragt und ohne Absender erhalten zu haben, der ist derzeit eine gefragte Person. Offensichtlich will jeder wissen, was denn darin steht, wer angegriffen wird, welche Missstände beschrieben werden oder wer denn der Verfasser sein könnte. Die Neugier scheint von der Gier nach dem Lesen derartiger Schreibe-rien abgelöst worden zu sein.

Es geht in dem Schreiben um das Schulwesen, um die Lehrer und die Schulbehörden. Allerdings ist darin nichts Neues zu finden, was nicht schon in zahlreichen Diskussionen über Lehrer und Schulstruktur, über leidende Schüler und noch mehr leidende Eltern oder in der Schrift «Schule wohin?» enthalten wäre. Die Schrift ist nur in einer etwas anderen Sprache abgefasst – und verspricht, noch deutlicher in einer weiteren Ausgabe zu werden.

Neu ist auch nicht, dass der Lehrerstand wieder einmal einer Attacke wegen Arbeitszeit, Ferien und – vor allem – Besoldung ausgesetzt ist. Mit dem Aufrechnen des Lohnes und der Arbeitszeit kann natürlich gut an Emotionen appelliert werden. Der Sache selbst hilft diese Rechnerie allerdings wenig. Und noch weniger hilfreich erscheint, wenn sich jemand hinter einem anonymen Schreiben verbirgt, statt seine Überlegungen – die in diesem Fall alles andere als neu sind – offen mitzuteilen.

Trotz der offensichtlichen Nachfrage nach diesem Papier sei vor Überreaktionen gewarnt. Dem Vernehmen nach trägt sich der Primarlehrerverein mit dem Gedanken, Anklage gegen Unbekannt zu erheben. Das wäre sicher, wie die Gier der Nichtbeliebten nach dem Pamphlet, genau das Verkehre: Der Brief gehört, wie alle anonymen Schreiben, in den Papierkorb. (G.M.)

## Fussball-Europacup

Die Halbfinal-Paarungen gestern ausgelost

Gestern Freitag mittag sind in Genf die Halbfinalpaarungen für den Fussball-Europacup ausgelost worden. Nachstehend die ausgelosten Spiele im Überblick:

### Cup der Meister

Liverpool – Panath. Athen  
Juventus Turin – Bordeaux  
(Final am 29. Mai 1985 in Brüssel)

### Cup der Cupsieger

Bayern München – Everton  
Rapid Wien – Dynamo Moskau  
(Final am 15. Mai in Rotterdam)

### UEFA-Cup

Inter Mailand – Real Madrid  
Videoton – Sarajevo  
In den Finalspielen (8. und 22. Mai) genießt zuerst der Sieger aus Videoton Szekesfehervar – Zeljeznicar Sarajevo Platzvorteil.



Die Volkswirtschaftsdirektoren der schweizerischen Kantone wurden anlässlich ihrer zweitägigen Konferenz in unserem Land von S.D. Erbprinz Hans Adam empfangen. (Bild: Eddy Risch)



Zum Rahmenprogramm der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz gehörte neben dem Besuch der Gemäldegalerie auch eine Besichtigung der Firma Ivoclar/Vivadent in Schaan. Bildmitte: Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt. (Bild: Eddy Risch)